



**Humanistische
Union**

Bürgerrechtsorganisation

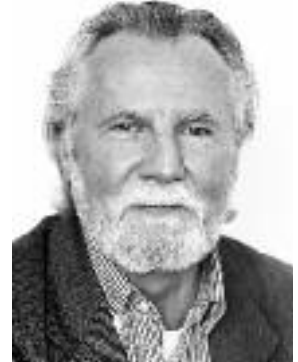
Jahresbericht **2013**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Die Humanistische Union auf einen Blick	4
Grundsätze	5
Themenschwerpunkte der Humanistischen Union 2013	6
Kampagnenarbeit & Organisationsentwicklung	6
Lobbyarbeit	7
Gutachten und Stellungnahmen	7
Projekte	8
Publikationen	9
Periodika	9
Einzelpublikationen	10
Finanzen	12
Bilanz	13
Übersicht der Fördermittel-Zuwendungen 2013	14
Vereinsstruktur	15
Delegiertenkonferenz	15
Vorsitz & Vorstand	15
Mitglieder des Bundesvorstands und ihre Ressortverantwortlichkeiten	16
Geschäftsstelle	17
Regionalgruppen	17
Beirat	18
Kooperationen	18
Möglichkeiten der Unterstützung	20
Impressum	22

Vorwort

Im Rückblick auf die geleistete Arbeit der Humanistischen Union (HU) im Jahr 2013 wird deutlich: Wo Freiheitsrechte eingeschränkt oder gefährdet wurden, war die Bürgerrechtsorganisation als zivilgesellschaftliche Kraft zur Stelle. Die HU ist zu Themen wie dem Versammlungsrecht, der Kennzeichnung von PolizistInnen, der Abschaffung des Verfassungsschutzes, der Trennung von Polizei und Geheimdiensten bei den Anti-Terror-Dateien oder auch dem kirchlichen Sonderarbeitsrecht als Bürgerrechtslobby in den Parlamenten von Bund und Ländern und in der Öffentlichkeit aktiv gewesen.



Dies geschah durch gutachterliche Stellungnahmen von ExpertInnen, aktuelle Erklärungen für die Medien und nicht zuletzt durch die HU-Periodika – den jährlichen Grundrechte-Report und die Zeitschrift **vorgänge**. Der neue und stark verjüngte Bundesvorstand, in dem Frauen zu mehr als der Hälfte vertreten sind, setzt weiterhin auf die breite Vernetzung der Bürgerrechtsarbeit der Humanistischen Union – sei es im Forum Menschenrechte, der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung oder dem Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung als wichtigem Teil der Datenschutzbewegung.

In den letzten Jahren sind viele junge Leute zur HU gekommen; sie machen die Hälfte der Mitgliedschaft aus und sind Beleg dafür, dass die HU nah dran ist am politisch-gesellschaftlichen Pulsschlag. Die HU hat in einem intensiven verbandsinternen Diskussionsprozess große Anstrengungen unternommen, um ihre Außenwirkung und ihre Organisation zukunftsfest zu machen. Das Umfeld zunehmender Professionalisierung der politischen Protest- und Lobbyarbeit machte dies unabweisbar. Die Förderung durch die Bewegungsstiftung seit Mitte 2013 hat für diesen Prozess der Neuaufstellung, der auch auf Mitgliedergewinnung und neue Beteiligungsmöglichkeiten zielt, gute Grundlagen geschaffen.

Nach wie vor aber bleibt die HU auf ehrenamtliches Engagement und auch Spenden angewiesen. Wir freuen uns, wenn der Jahresbericht Sie motivieren kann, die Bürgerrechtsarbeit der Humanistischen Union (weiter) zu unterstützen.

A handwritten signature in blue ink that reads "Werner Koep-Kerstin". The signature is fluid and cursive.

Werner Koep-Kerstin,

Vorsitzender

Die Humanistische Union auf einen Blick

Humanistische Union e.V.
vereinigt mit der Gustav Heinemann-Initiative

■ Gründung: 26.8.1961

Vereinsregisternr: VR 7593 beim Amtsgericht
München

■ Sitz: München

Bundesgeschäftsstelle:

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

■ Satzung:

www.humanistische-union.de/shortcuts/satzung

■ Gemeinnützigkeit:

Mit Bescheid des Berliner Finanzamtes für Körperschaften vom 9.10.2012 ist die Humanistische Union mit der Steuernummer 27/677/53108 als gemeinnützigen Zwecken dienende Vereinigung i.S.v. §§ 51 ff. AO anerkannt.

■ Geschäftsführer:

Sven Lüders

■ Vorstand: Neun Mitglieder

Vorsitz: Rosemarie Will (bis Juni 2013),
Werner Koep-Kerstin (ab Juni 2013).

Weitere Mitglieder: [Seite 15](#)

■ Themen und Aktivitäten 2013: [Seite 6](#)

■ Organisationsentwicklung und Kampagnenarbeit ([Seite 6](#)), Lobbyarbeit ([Seite 7](#)),

Neukonzeption der Zeitschrift *vorgänge* ([Seite 9](#))

■ Publikationen 2013:

Grundrechte-Report 2013; *vorgänge* 201–204;
Brauchen wir den Verfassungsschutz? Nein!
Gemeinsames Memorandum; »Haft ohne Straftat«.
Fakten und Argumente gegen Abschiebungshaft,
[Seite 9](#)

■ Anzahl der festangestellten Beschäftigten (im Jahresdurchschnitt):

Drei, entsprechend zwei Vollzeitäquivalenten,
[Seite 16](#)

■ Umfang ehrenamtlicher Arbeit:

Von den ca. 1.400 Mitgliedern engagieren sich etwa
80 in den zehn Landes- und Regionalverbänden
sowie neun im Bundesvorstand.

■ Details zur Mittelverwendung und -herkunft:

[Seite 12](#)

■ Budget:

Rund 200.000 Euro (2013), [Seite 12](#)

■ Juristische und natürliche Personen, deren Zuwendungen 2013 5.000 Euro überstiegen haben:

Neben den auf [Seite 12](#) genannten
Fördermittelgebern: keine

■ Gesellschaftsrechtliche Verbundenheit mit Dritten:

Die Humanistische Union wurde im Jahr 2013 von der Bewegungsstiftung und dem Fundamental Rights Programm der Europäischen Kommission gefördert.

Die Humanistische Union ist Stifterin der Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte und entsendet ein Kuratoriumsmitglied. Die Humanistische Union entsendet ein Mitglied in den Vorstand der Holtfort-Stiftung.

■ Kooperationspartner:

Zwölf Organisationen (bundesweit), [Seite 17](#)

Grundsätze: Was will die Humanistische Union?

Menschenwürde achten

Die Humanistische Union e.V. ist eine unabhängige Bürgerrechtsorganisation. Seit unserer Gründung 1961 setzen wir uns für den Schutz und die Durchsetzung der Menschen- und Bürgerrechte ein. Im Mittelpunkt steht für uns die Achtung der Menschenwürde. Wir engagieren uns für das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und wenden uns gegen jede unverhältnismäßige Einschränkung dieses Rechts durch Staat, Wirtschaft und Kirchen.

Bürgerrechte durchsetzen

Eine größtmögliche Verwirklichung von Menschenrechten und Freiheit ist an Bedingungen gebunden. Dazu gehören Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt. Demokratische Teilhabe muss auch jenseits von Parteien und Wahlen gewährleistet sein. Es reicht nicht, wenn Rechte nur auf dem Papier stehen. In einer pluralistischen Gesellschaft müssen auch radikale Meinungsäußerungen möglich sein.

Demokratie stärken

Die Humanistische Union fordert:

- den Erhalt von Freiheitsrechten und Rechtsstaatlichkeit – auch in Krisenzeiten
- die Abschaffung des geheimdienstlichen Verfassungsschutzes
- die Stärkung des Datenschutzes durch den Verzicht auf anlasslose Massenüberwachung
- die Polizeikennzeichnung und -kontrolle
- die konsequente Trennung von Staat und Kirche
- die Gleichberechtigung aller Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften
- die Durchsetzung des Rechts auf ein menschenwürdiges Leben und ein selbstbestimmtes Sterben

Was macht die Humanistische Union?

■ Meinungsbildung

Mit Fachtagungen, Diskussionsveranstaltungen, Publikationen, Pressemitteilungen und Newslettern informieren wir über Bürgerrechtsverletzungen und geben Impulse für öffentliche Diskussionen. Wir sind Herausgeberin der Zeitschrift *vorgänge* sowie des jährlich erscheinenden Grundrechte-Reports.

■ Lobby für Bürgerrechte

Wenn es in Parlamenten und Regierungen um Bürgerrechte geht, melden wir uns mit Stellungnahmen und Gutachten zu Wort.

■ Rechtsschutz und Rechtsentwicklung

Mit Musterklagen streitet die Humanistische Union vor Gericht für die Durchsetzung geltenden Rechts bzw. seine Anpassung an bürgerrechtliche Grundsätze.

■ Kampagnen

Zu ausgewählten Themen machen wir bundesweite Kampagnenarbeit. Dabei kooperiert die Humanistische Union mit anderen Initiativen. Als themenübergreifende Organisation können wir die Arbeit vieler spezialisierter Gruppen vernetzen.

Erfolge der Humanistischen Union:

z.B. das Informationsfreiheitsgesetz

Die Humanistische Union war maßgeblich an der Kampagne zur Einführung von Informationsfreiheitsgesetzen (IFGs) beteiligt, die 2006 zur Verabschiedung des Bundes-IFG führte. Die Humanistische Union hatte entsprechende Forderungen und Vorschläge bereits 1981 aufgestellt. Sie hatte einen wesentlichen Anteil an den langfristigen Meinungsbildungsprozessen, die zur Einführung der ersten Landesgesetze und des Bundesgesetzes führten. Aufgrund ihrer inhaltlichen Kompetenz konnte die Humanistische Union in diesem Bündnis eine führende Rolle wahrnehmen. Am Ende stand der Erfolg: das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes. Demnach haben Bundesbürger/innen einen voraussetzungslosen Rechtsanspruch auf den Zugang zu amtlichen Informationen, die in Bundesbehörden gespeichert sind.

Themenschwerpunkte der Humanistischen Union 2013

Kampagnenarbeit & Organisationsentwicklung

Die Humanistische Union als Organisation war in jüngster Zeit von mehreren Umbrüchen gekennzeichnet. Noch bis vor wenigen Jahren stammte ein Drittel der Mitgliedschaft aus den Gründungsjahren des Vereins. Ihnen gegenüber steht eine Generation jüngerer Neumitglieder, die in den letzten zehn Jahren in den Verband eingetreten sind und mittlerweile die Hälfte der Mitgliedschaft ausmachen. Zahlreiche Neumitglieder verließen die Humanistische Union jedoch bereits nach kurzer Zeit wieder – häufig, weil sie die Themenvielfalt des Verbands überforderte, weil sie keine Gelegenheiten zur aktiven Beteiligung an der Verbandsarbeit fanden oder keine aktive Regionalgruppe in ihrer Nähe existierte. Hinzu kommt die zunehmende Professionalisierung politischer Protest- und Lobbyarbeit, der sich auch die Humanistische Union nicht verschließen kann.

Um sich diesen organisatorischen Herausforderungen zu stellen, hat der Bundesvorstand der Humanistischen Union im Frühjahr 2012 einen verbandsinternen Diskussionsprozess angestoßen. Damit verfolgte er mehrere Ziele. Einerseits sollte die Außenwirkung der zahlreichen Initiativen der Humanistischen Union erhöht, andererseits das Profil der Organisation geschärft und den interessierten Mitgliedern und UnterstützerInnen mehr Möglichkeiten zur Beteiligung angeboten werden. Die Kampagnenfähigkeit der Organisation sollte entwickelt und eine klare Agenda formuliert werden, um neue Mitglieder und SpenderInnen zu gewinnen.

Nach einer Klausurtagung von Vorstand und Regionalgruppen im Jahr 2012 und einer Diskussion auf dem Verbandstag 2012 mündete dieser Prozess in einen Antrag auf Basisförderung an die Bewegungsstiftung. Die Stiftung mit Sitz in Verden fördert gezielt soziale Protestbewegungen. Mit ihrem Förderinstrument der Basisförderung will sie Initiativen und NGOs in die Lage versetzen, für eine wirksame, nachhaltige Arbeit entsprechende Organisations- und Infrastrukturen aufzu-

bauen. Der Förderantrag der Humanistischen Union wurde von der Stiftung bewilligt. Am 15. August 2013 startete die auf drei Jahre angelegte Förderung. Die Bewegungsstiftung sagte dafür Mittel i.H.v. insgesamt 70.000 € zu, die Humanistische Union verpflichtete sich im Gegenzug, bis zu 35.000 € zusätzlich aus ihren Vermögensrücklagen zur Verfügung zu stellen.

Gegenstand der Förderung sind folgende Organisationsziele:

- Vorbereitung und Durchführung von zwei Musterkampagnen zum Thema Verfassungsschutz / Polizeikontrolle unter Beteiligung möglichst vieler Regionalgruppen und aktiver Einzelmitglieder
- Erarbeitung geeigneter Werbematerialien zu den Hauptthemen der Humanistischen Union
- Ausbau der Online-Präsenz des Vereins
- Entwicklung eines Fundraising-Konzepts für die Erschließung neuer Einnahmequellen

Einen ersten Auftakt zur Kampagne »ausgeschnüffelt« bildete die öffentliche Präsentation des Memorandums zur Abschaffung des Verfassungsschutzes am 20. September 2013 in Berlin (siehe Publikationen). Zeitgleich wurde das Kampagnen-Blog www.verfassungsschuetzen.de freigeschaltet, auf dem auch der Aufruf zur Abschaffung des Geheimdienstes unterzeichnet werden kann.

Im zweiten Halbjahr 2013 konzentrierten sich die Arbeiten am Förderprojekt auf die genauere Projektplanung sowie die Abstimmung der Zwischenschritte und -ziele mit der Stiftung einerseits und auf die Vorbereitung der ersten Kampagne zur Abschaffung des Verfassungsschutzes andererseits. Für die Kampagnenarbeit konnte nach einem Ausschreibungsverfahren Astrid Goltz gewonnen werden, die zuvor bei der Kampagnenorganisation Campact als Campaignerin tätig war. Sie trat ihre Arbeit bei der Humanistischen Union am 1. November an.

Am 2. Dezember traf sich erstmals der neu gegründete Fachbeirat, der die Verfassungsschutz-Kampagne inhaltlich begleiten soll. Ihm stellte Astrid Goltz die Grundzüge politischer Kampagnenarbeit sowie das vorläufige Konzept der Verfassungsschutz-Kampagne vor. Es sieht neben öffentlichkeitswirksamen Aktionen vor, sich auf die kritische Begleitung der anstehenden Novellen der Verfassungsschutzgesetze in Bund und Ländern sowie die Auftritte des Geheimdienstes an Schulen zu konzentrieren.

Lobbyarbeit

Die Humanistische Union versteht sich als Lobby für die Bürgerrechte. Wir mischen uns ein, wenn Parlamente über neue Gesetze beraten, die die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger einschränken. Wir wenden uns an Regierungen, wenn es dringender Entscheidungen zur Wahrung der Bürgerrechte bedarf.

Gutachten und Stellungnahmen

ExpertInnen der Humanistischen Union (HU) werden vielfach angefragt von den Gesetzgebern in Bund und Ländern. 2013 gab die HU folgende schriftlichen Stellungnahmen zu bürgerrechtlichen Sachfragen ab:

28.10.2013

Stellungnahme zum Zehnten Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über die Öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) – Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einführung einer gesetzlichen Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen (Drs. 18/7522)

Innenausschuss des Hessischen Landtages
Gutachterin: Anja Heinrich

11.10.2013

Stellungnahme zum Entschließungsantrag »Die Kirchen als Diener am Gemeinwohl: Gesellschaftliches Engagement von Caritas und Diakonie anerkennen und unterstützen« der CDU-Fraktion (LT-Drs. 16/2632)

Hauptausschuss im Nordrhein-Westfälischen Landtag
Gutachter: Dr. Till Müller-Heidelberg

09.9.2013

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Landesregierung »Thüringer Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes« zur Neuregelung sämtlicher verdeckter Ermittlungsbefugnisse der Landespolizei im Rahmen der präventiven Gefahrenabwehr (Drs. 5/6118)

Innenausschuss des Thüringer Landtages
Gutachter: Sven Lüders

23.8.2013

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zum Versammlungsrecht in Schleswig-Holstein – Gesetzentwurf der FDP-Fraktion (Drs. 18/119) sowie mehrerer Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, SWS, Piraten und CDU

Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteiner Landtags
Gutachterin: Anja Heinrich

02.5.2013

Öffentliche Anhörung und Stellungnahme zum Gesetzentwurf »Neuausrichtung des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen« (Drs. 16/2148)

Haupt- und Innenausschuss im Nordrhein-Westfälischen Landtag
Gutachter: Johann-Albrecht Haupt

13.3.2013

Stellungnahme zu Staatsleistungen an die evangelische und die katholische Kirche. Innenausschuss des Deutschen Bundestages

Gutachter: Johann-Albrecht Haupt

04.3.2013

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes über Übersichtsaufnahmen zur Lenkung und Leitung des Polizeieinsatzes bei Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen (Drs. 17/0642)

Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses
Gutachter: Prof. Dr. Clemens Arzt

Weitere Lobbyaktivitäten fanden im Rahmen des Forum Menschenrechte statt: So nahm die Humanistische Union an den Konsultationen zum Universal Periodic Review-Bericht über die Bundesrepublik Deutschland teil. Gegenstand der vom Beauftragten der Bundes-

regierung für Menschenrechte und humanitäre Hilfe initiierten Konsultation war der Entwurf des Länderberichts nach der turnusgemäßen Anhörung Deutschlands im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Dabei zeigten die beteiligten Bundesministerien wenig Bereitschaft zu einem konstruktiven Umgang mit den von anderen Staaten vorgebrachten Kritikpunkten zur Menschenrechtssituation in Deutschland; einige Probleme wurden schlicht verleugnet.

In einer schriftlichen Stellungnahme vom 21. Juni 2013 widersprach die Humanistische Union dieser Darstellung der Bundesregierung und forderte sie auf, vor allem den folgenden Kritikpunkten ernsthafter nachzugehen: der mangelnden Kontrolle der Polizeiarbeit; der mangelhaften Ergebnisoffenheit der Analyse von Ermittlungsfehlern bei der NSU-Mordserie; dem strukturellen Rassismus bei verdachtsunabhängigen Polizeikontrollen; der mangelnden religiösen Neutralität einiger Schulgesetze der Länder bezüglich des Umgangs mit religiösen Symbolen.

Projekte

Staatliche Datensammlungen in EU-Ländern – Ein internationales EU-Projekt

Obwohl die EU-Datenschutzrichtlinie seit nunmehr 20 Jahren gilt, unterscheiden sich Ausmaß und Praxis der staatlichen Datenspeicherung in den Mitgliedsstaaten der EU sehr stark. Diese Unterschiede darzustellen, die Datenschutzstandards in verschiedenen Ländern zu vergleichen und best practices für die datenschutzkonforme Speicherung zu formulieren, das waren die Ziele eines von der EU-Kommission geförderten Projektes, das unter Beteiligung der Humanistischen Union im Jahr 2013 startete und in 2014 fortgeführt wird.

Projekt Störfaktor

Die Humanistische Union hat die Kampagne »Störfaktor« des Hamburger Rechtshilfebüros für gewaltfreie Aktionen unterstützt. Das Versammlungsrecht wird in den letzten Jahren von staatlicher Seite mit immer mehr Auflagen versehen. Die Anmeldung einer Demonstration kann so zum Hürdenlauf mit hohen Risiken für die Aktiven werden. Mit der Kampagne »Störfaktor« will das Rechtshilfebüro für gewaltfreie Aktionen gegen diese Einschränkung eines Grundrechts vorgehen – mit



Vorträgen und Schulungen für Aktive, aber auch mit Musterprozessen. Langfristig sollen so Gestaltungsfreiheit und Entscheidungshoheit über den Inhalt und Zweck einer Versammlung zurückgewonnen werden.

Projekt Zwischengeschlecht

Die Humanistische Union hat das Projekt Zwischengeschlecht unterstützt. Seit Jahrzehnten werden in Deutschland Menschen mit »uneindeutigen« körperlichen Geschlechtsmerkmalen im Kleinkindalter mit Operationen und Hormongaben zu Mädchen oder Jungen gemacht. Dabei können diese Eingriffe schwere physische und psychische Schäden verursachen. Die Kampagne »Stop Genitalverstümmelung in Kinderkliniken!« will das Thema in die Öffentlichkeit tragen, das Recht auf körperliche Unversehrtheit durchsetzen und ein Verbot der Verstümmelungen erreichen.

Publikationen

Periodika:



Der **Grundrechte-Report** bilanziert seit 1997 jährlich die Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland. Er wird von der Humanistischen Union gemeinsam mit sieben weiteren Organisationen herausgegeben. Der Report stellt exemplarische Einzelfälle dar, an

denen systematische Verletzungen der Grundrechte durch Politik, Gesetzgeber, Justiz und Verwaltung sichtbar werden. Die Themen und Fallbeispiele des Reports spiegeln die Arbeit der Humanistischen Union und der anderen Herausgeber wider.

Schwerpunkte der Ausgabe 2013 waren das Versagen der Polizei- und Verfassungsschutzbehörden bei der Verhinderung bzw. Aufklärung der NSU-Mordserie, rechtswidrige Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, die mangelnde Kontrollierbarkeit der Polizei sowie Missachtungen des Schutzanspruchs von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen.

Der Grundrechte-Report 2013 wurde am 6. Juni in Karlsruhe präsentiert. Die Präsentation übernahm in diesem Jahr Beate Rudolf, die Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Sie bezeichnete den Report dabei als das »vielleicht wichtigste Instrument zur Vermittlung der Grundrechte in die Bevölkerung«.



Die Zeitschrift **vorgänge** wurde 1962 als »kulturpolitische Korrespondenz« von Gerhard Szczyzny begründet und wird seitdem von der Humanistischen Union (mit-)herausgegeben. In den ersten beiden Jahrzehnten ihres Erscheinens waren die **vorgänge** zunächst ein Organ zur

breiteren Publikation der Themen und Anliegen des Vereins. Seit den 1990er Jahren entwickelten sie sich mehr und mehr zu einem sozialwissenschaftlichen Periodikum, in dem gesellschaftliche und politische Pro-

zesse aus sozialwissenschaftlicher und kulturkritischer Perspektive analysiert wurden. Damit einher ging eine teilweise Abkoppelung von den konkreten Fragen und Anliegen der Humanistischen Union, deren Arbeit sich kaum noch in den Heften wiederfand. Die zunehmende Entfernung vom Verein, verbunden mit den steigenden Verlagsherstellungskosten (die Zeitschrift erschien bis Heft 4/2012 im Berliner Wissenschaftsverlag) und einem kontinuierlichen Rückgang der AbonnentInnen, veranlasste den Bundesvorstand, ein neues Konzept für die Zeitschrift zu entwickeln. Künftig orientieren sich die Themenschwerpunkte stärker an den Arbeitsthemen der Humanistischen Union und werden zugleich in ihrem Umfang begrenzt. Der frei werdende Platz wird für Berichte, Stellungnahmen und Hintergrundbeiträge zu aktuellen Themen aus dem gesamten Bürgerrechtsspektrum genutzt. Mit diesen Umstellungen sollen die **vorgänge** abwechslungsreicher und informativer werden und näher ans Zeitgeschehen rücken.

Das Jahr 2013 war geprägt von den zahlreichen Veränderungen, die sich mit diesem Wechsel verbanden: Beteiligung des Bundesvorstands an der Planung der Themenschwerpunkte der Zeitschrift; Aufstellung einer neuen Redaktion; Einarbeitung der beiden neuen RedakteurInnen (Claudia Krieg für den Themenschwerpunkt; Sven Lüders für die sonstigen Beiträge); Übernahme der Aboverwaltung durch die Geschäftsstelle. Durch diesen Aufwand kam es zu Verzögerungen, weshalb 2013 nur drei Ausgaben erschienen:

- **vorgänge** Nr. 201/202 (Hefte 1-2/2013): Verfassungsschutz in der Krise?
- **vorgänge** Nr. 203 (Heft 3/2013): Religiöse Sonderrechte auf dem Prüfstand
- **vorgänge** Nr. 204 (Heft 4/2013): (Un-)Kontrollierbar? Probleme der Steuerung von Polizeihandeln

Seit der Ausgabe 1/2013 erscheint die Zeitschrift im Eigenverlag der Humanistischen Union. Alle Vereinsmitglieder erhalten die Zeitschrift kostenlos. Im Gegenzug wurde der Umfang der bisherigen Mitgliederzeitschrift »Mitteilungen«, die in den



letzten Jahren vermehrt Hintergrundbeiträge zu den politischen Aktivitäten des Vereins enthielten, stark reduziert. Die »Mitteilungen« beschränken sich seit 2013 wieder auf reine Verbandsnachrichten und erscheinen i.d.R. als Beilage zu den **vorgängen**. Die verbandsinterne sowie die politische Außenkommunikation sind seitdem deutlicher zwischen **vorgängen** und Mitteilungen getrennt.

Einzelpublikationen:



Brauchen wir den Verfassungsschutz? Nein!

Gemeinsames Memorandum.

Hrsg. von Humanistische Union,
Internationale Liga für Menschenrechte
und Bundesarbeitskreis

Kritischer Juragruppen

Berlin/Norderstedt 2013, 84 Seiten,

ISBN: 978-3-930416-30-1, Preis: 5,50 €

Nach dem Aufdecken der NSU-Mordserie musste sich der Verfassungsschutz kritischen Fragen stellen: Warum hatte er trotz zahlreicher V-Leute im unmittelbaren Umfeld des NSU weder etwas von der Gewaltbereitschaft noch den mörderischen Zusammenhängen geahnt? War der Geheimdienst vielleicht untauglich, ja eigentlich überflüssig, um derartige Verbrechen zu verhindern? Die Humanistische Union griff die neuerliche Debatte um Sinn und Unsinn des Verfassungsschutzes mit dem Memorandum auf. Der Text wurde Ende 2012 von einer ehrenamtlichen Autorengruppe der Humanistischen Union gemeinsam mit Rolf Gössner erstellt. Er knüpft an frühere kritische Schriften des Vereins zum Thema an.

Eingangs erinnert das Memorandum an die vergessenen Skandale und Bürgerrechtsverletzungen der Verfassungsschutzbehörden. Es macht deutlich: Die Geschichte dieses Geheimdienstes ist eine Geschichte der Rechtsbrüche, des Machtmissbrauchs und der demokratischen Zumutungen. Die strukturelle Blindheit gegenüber echten Gefährdungen, die permanente



Pressekonferenz zur Vorstellung des Memorandum am 20. September 2013.

Übertretung gesetzlicher Befugnisse und die Grenzverwischung zwischen vermeintlichen Beschützern und Gefährdern der Demokratie begleiten den Verfassungsschutz von Beginn an.

Das Memorandum hinterfragt weiterhin, ob ein demokratisches Gemeinwesen überhaupt durch einen Geheimdienst zu schützen ist, der sich die Deutungshoheit in politischen Auseinandersetzungen anmaßt, die Meinungsfreiheit bedroht und mit seiner demokratisch nicht zu kontrollierenden Arbeit im Verborgenen selbst zum rechtsstaatlichen Problem wird. Die Autoren analysieren die gesetzlichen Aufgaben und heimlichen Befugnisse des Verfassungsschutzes. Dabei kommt heraus: Für zahlreiche Aufgaben sind bereits andere Stellen und Behörden zuständig, bei Gewalt- und Straftaten etwa müssen Polizei und Staatsanwaltschaft tätig werden. Durch einen Wegfall des Verfassungsschutzes entstünden also keine Sicherheitslücken. Seine eigentliche, zentrale Aufgabe eines »demokratieschützenden Frühwarnsystems« schließlich kann der Verfassungsschutz mit seinen fragwürdigen Mitteln und Methoden gar nicht erfüllen. Dafür sind zivilgesellschaftliche Initiativen, Medien und Wissenschaft weitaus wirksamer.

Das Memorandum wurde auf einer Pressekonferenz am 20. September 2013 in Berlin vorgestellt. Bisher wurden über 800 Exemplare des Memorandums verkauft bzw. verteilt, ferner ist die Publikation online abrufbar unter www.verfassung-schuetzen.de/wissen/memorandum.



»Haft ohne Straftat«. Fakten und Argumente gegen Abschiebungshaft

Hrsg. von Flüchtlingsrat Brandenburg, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, Humanistische Union
Redaktion: Andrea Dallek, Helga Lenz, Beate Selders

Berlin 2013, 219 Seiten, kostenlos

Die Broschüre wurde zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2013 veröffentlicht. Die Erstauflage von 1.000 Exemplaren ist nahezu vergriffen. Eine elektronische Version der Broschüre ist kostenfrei abrufbar unter www.humanistische-union.de/publikationen/sonstige_publikationen.

Die Abschiebungshaft für Flüchtlinge steht schon länger in der Kritik: Zur Abschiebungshaft wird man nicht verurteilt, sie ist »lediglich« eine Verwaltungsmaßnahme. Diese trifft vor allem Flüchtlinge, deren einziges Vergehen darin besteht, dass sie keine gültige Einreise- bzw. Aufenthaltserlaubnis vorweisen können. Abschiebungshaft widerspricht rechtsstaatlichen Grundsätzen der Freiheitsentziehung ebenso wie den Standards der Genfer Flüchtlingskonvention – aus bürgerrechtlicher Sicht gehört sie deshalb abgeschafft.

Gemeinsam mit den Flüchtlingsräten von Brandenburg und Schleswig-Holstein hat die Humanistische Union daher einen Reader zum Thema Abschiebungshaft vorgelegt. Der Reader informiert umfassend über das System der Abschiebungshaft: über die Häufigkeit ihrer Anordnung und die typischen Wege in die Haft, über deren Wirkung auf die Betroffenen und die Situation in den Einrichtungen, über die europäischen wie nationalen rechtlichen Rahmenbedingungen für die Abschiebungshaft und die Schwierigkeiten des Rechtsschutzes.

Neben dem dokumentarischen Anspruch versteht sich der Reader auch als Beitrag zur politischen Debatte um die Notwendigkeit, Zulässigkeit und Angemessenheit der Abschiebungshaft. Im abschließenden Teil zeigen die HerausgeberInnen, was Abgeordnete wie zuständige MitarbeiterInnen tun können, um die Haft weitgehend zu vermeiden oder zu ihrer Abschaffung beizutragen.

Finanzen

Die Humanistische Union schloss das Haushaltsjahr 2013 mit einem Überschuss von rund 10.000 € ab. Berücksichtigt man jedoch die zum Jahresende bestehende Zweckbindung eines großen Teils der Einnahmen (v.a. für geförderte Projekte und Musterklagen) sowie eine Rückstellung bereits existierender Mittel für das Basisförderprojekt der Bewegungsstiftung, ergibt sich ein anderes Bild: Die freien Rücklagen im Vereinsvermögen schrumpften von 190.657 € (Stand: 31.12.2012) auf 146.069 € zum Jahresende.

Einnahmen 2013

Mitgliedsbeiträge	99.013,63 €
Einzel Spenden inkl. Aufwandsspenden	24.858,00 €
Verkauf von Schriften	11.239,78 €
Projektspenden	15.700,98 €
Fördermittel	57.970,00 €
Zinserträge	477,88 €
Vermietung & Verpachtung	3.066,29 €
Sonstige	97,28 €
Gesamt	212.423,84 €

Ausgaben 2013

Personal	78.058,17 €
Geschäftsstelle	24.991,94 €
Vorstandsarbeit	4.101,91 €
Verbandsarbeit	7.257,85 €
Publikationen	36.464,39 €
Veranstaltungen	7.275,87 €
Werbung	113,05 €
Projekte	43.964,57 €
davon EU-Datenschutz	27.027,50 €
davon Störfaktor	6.000,00 €
davon Klage Konkordat	4.288,00 €
davon Klage Steuer-ID	2.886,00 €
davon Zwischengeschlecht	2.250,00 €
davon Sonstige Projekte	1.513,07 €
Sonstiges	325,85 €
Gesamt	202.553,60 €

Bilanz

Eröffnungsbilanz:

Aktiva

Bank- und Kassenbestand: 205.021,70 €

Forderungen: 6.293,45 €

Passiva

Eigenkapital 205.284,39 €

Verbindlichkeiten 6.030,76 €

Bilanzsumme: 211.315,15 €

Schlussbilanz:

Aktiva

Bank- und Kassenbestand: 225.892,12 €

Forderungen: 596,00 €

Passiva

Eigenkapital: 215.154,63 €

Verbindlichkeiten: 11.333,49 €

Bilanzsumme: 226.488,12 €

Gewinn für 2013: 9.870,24 €

Entwicklung der freien Rücklagen

Vereinsvermögen zum Jahresbeginn:	205.284,39 €
Davon zweckgebundene Rücklagen:	14.626,65 €
Davon freie Rücklagen:	190.657,74 €
Vereinsvermögen zum Jahresende:	215.154,63 €
Davon zweckgebundene Rücklagen:	69.085,04 €
Davon freie Rücklagen:	146.069,59 €

Zweckgebundene Rücklagen zum 31.12.2013:

Zweckgebundene Rücklagen gesamt	69.085,04 €
Projektspenden Steuer-ID	454,52 €
Projektspenden Konkordatsklage	802,00 €
Projektspenden Vorratsdatenspeicherung	1.717,00 €
Projektspenden Kfz-Kennzeichenscan Bayern	2.127,50 €
Projektmittel Basisförderung	25.759,42 €
Eigenmittel Basisförderung lt. DK 2013	35.000,00 €
Beitragsumlagen Regionalverbände für 2013	3.224,60 €

Übersicht der Fördermittel-Zuwendungen 2013

Bewegungsstiftung:	
1. Rate HU-Basisförderung	30.000 €
Bewegungsstiftung:	
Projekt Zwischengeschlecht	2.250 €
Bewegungsstiftung:	
Projekt Störfaktor	6.000 €
Ligue des droits de l'Homme: »Filing, Inform Citizens: Passport for the Protection of personal Data« (1. Rate)	19.720 €
Gesamt	57.970 €

Die Humanistische Union verwaltet treuhänderisch die Gelder des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung und der Redaktion des Grundrechte-Reports.

Neben den in der Übersicht genannten Fördermitteln gab es im Jahr 2013 keine Zuwendungen von natürlichen oder juristischen Personen, deren Jahresgesamtbetrag 5.000 € überstieg.

Die Finanzen des Vereins werden regelmäßig, zuletzt am 12. April 2013, von den beiden vereinsinternen Revisoren überprüft. Das sind derzeit Kilian Schmuck (Berlin) und Hansjörg Siebels-Horst (München).

Vereinsstruktur

Im Folgenden werden nur diejenigen Gremien vorgestellt, die die Ausrichtung und tägliche Arbeit der Humanistischen Union am stärksten bestimmen.

Delegiertenkonferenz

Das wichtigste Entscheidungsgremium in der Humanistischen Union ist die Delegiertenkonferenz, in der alle zwei Jahre über Anträge und Satzungsänderungen abgestimmt wird. Aus jedem Bundesland werden dafür Delegierte gewählt. Die Anzahl berechnet sich nach der Mitgliederzahl des Bundeslands.



Delegiertenkonferenz 2013

Vorsitz & Vorstand

Die bundesweite Arbeit der Humanistischen Union wird vom **Bundesvorstand** des Vereins koordiniert: Er beobachtet die politischen Entwicklungen in den bearbeiteten Themenbereichen, legt die Arbeitsschwerpunkte fest, plant die Fachtagungen und Publikationen der Organisation, gewährleistet die fachliche Qualität der Lobbyarbeit und stimmt die grundsätzlichen Positionen des Vereins ab.

Um all diesen Aufgaben nachzukommen, treffen sich die ehrenamtlichen Mitglieder des Vorstands zu fünf bis



Der Bundesvorstand im Jahr 2013

sechs Sitzungen pro Jahr. Zu Beginn ihrer zweijährigen Amtszeit verständigen sie sich über die Aufteilung der Themengebiete und Aufgaben, für die jedes Vorstandsmitglied zuständig ist, sowie über einen groben Arbeitsplan für alle Bereiche.

Die rechtliche Vertretung der HU erfolgt durch die/den **Vorsitzende/n**. Auf der Delegiertenkonferenz in Frankfurt wurde am 1. Juni 2013 Werner Koep-Kerstin als neuer Vorsitzender gewählt. Der studierte Politikwissenschaftler und Historiker war vor seiner Pensionierung Mitarbeiter des Bundespresseamtes. Bis zur Fusion mit der HU 2009 stand er als Sprecher der Gustav Heinemann-Initiative vor, seit der Verschmelzung der beiden Vereine gehört er dem Bundesvorstand der HU an.

Die langjährige Vorsitzende, Rosemarie Will, trat nach acht Jahren im Amt nicht mehr zur Wahl als Vorsitzende an. Sie gehört weiterhin dem Bundesvorstand der HU an, möchte sich jedoch in Zukunft stärker auf ihre Themenschwerpunkte konzentrieren.



Rosemarie Will übergibt den Bundesvorsitz an Werner Koep-Kerstin.

Die Vorstandswahlen brachten einen starken Personalwechsel im Bundesvorstand: Fünf Mitglieder des bisherigen Vorstands traten aus Altersgründen bzw. aufgrund privater Arbeitsüberlastung nicht mehr zur Wahl an. Fünf der sechs neu in den Vorstand Gewählten gehören erstmals dem Gremium an und mussten sich mit dessen Arbeitsweise und ihren Aufgaben vertraut machen.

Mitglieder des Bundesvorstands und ihre Ressortverantwortlichkeiten

Werner Koep-Kerstin

Jahrgang 1944, Studium der Politischen Wissenschaften (MA) und Staatsexamen als Historiker; früherer Mitarbeiter des Bundespresseamtes, Auslandsaufenthalt 1994–1998 (USA); Sprecher der Gustav Heinemann-Initiative bis 2009. Schwerpunkte: Frieden, Militär und zivile Konfliktlösungen, Medienpolitik, Kontakt zu Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, Zeitschrift **vorgänge**.

Norman Bäuerle

Jahrgang 1977, Jurist, Unternehmensberater und betrieblicher Datenschutzbeauftragter. Schwerpunkte: Persönlichkeitsrechte, Netzpolitik.

Tobias Baur

Jahrgang 1959, Dipl. Verwaltungswissenschaftler. Tätigkeit im Bereich der Projektbegleitung und Organisationsentwicklung für Sozialorganisationen sowie Unternehmensverantwortung. Engagiert im Vorstand des LV Berlin-Brandenburg sowie im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Schwerpunkte: Finanzen, Organisationsentwicklung, Partizipation und Engagementpolitik.

Anja Heinrich

Jahrgang 1984, studierte Jura in Potsdam mit Spezialisierung auf das Völkerrecht. Seit August 2013 Rechtsreferendarin in Berlin, war 2009–2013 Geschäftsführerin der Humanistischen Union Berlin-Brandenburg. Schwerpunkte: Versammlungsrecht, Polizeikontrolle.

Mara Kunz

Jahrgang 1983, Jurastudium in Heidelberg mit Spezialisierung auf Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug, derzeit Rechtsreferendarin. Schwerpunkte: (Jugend-) Strafrecht, Strafvollzug, kriminologische Fragestellungen.

Prof. Dr. Martin Kutscha

Jahrgang 1948, Studium der Rechtswissenschaften in Kiel, Marburg und Hamburg. Von 1990–2013 Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Mitglied im Bundesvorstand der deutschen Sektion der IALANA sowie Menschenrechtsbeauftragter der VDJ. Schwerpunkte: Grundrechte, insbesondere Versammlungsfreiheit, Datenschutz, Innere Sicherheit und Internet, Verfassungsfragen der Friedenssicherung.

Helga Lenz

Jahrgang 1956, Sozialökonomin, Mitarbeiterin der Lübecker Frauen- und Familienberatungsstelle der Humanistischen Union, Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen. Schwerpunkte: Integrationspolitik / soziale Grundrechte für Flüchtlinge, Versammlungsfreiheit und Demonstrationsbeobachtung.

Dr. jur. Kirsten Wiese

Jahrgang 1972, Referentin in der Bremer Landesverwaltung, derzeit bei der Senatorin für Finanzen. 2004–2008 Referentin im Justizariat der bündnisgrünen Bundestagsfraktion, 2008 Promotion zu »Lehrerinnen mit Kopftuch. Zur Zulässigkeit eines religiösen und geschlechtsspezifischen Symbols im Staatsdienst«. Schwerpunkt: Trennung von Staat und Kirche.

Prof. Dr. Rosemarie Will

Jahrgang 1949, Professorin für Öffentliches Recht an der Humboldt-Universität zu Berlin; Richterin am Verfassungsgericht Brandenburg a.D., SPD-Mitglied, beratendes Mitglied der SPD-Grundwertekommission. Schwerpunkt: Bioethik.

Geschäftsstelle

Der Bundesvorstand wird in seiner Arbeit von der Bundesgeschäftsstelle unterstützt. Zu ihren Aufgaben gehören u.a.

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Organisation
- Betreuung der Webseite sowie Erstellung von HU-Publikationen
- Vor- und Nachbereitung bundesweiter Veranstaltungen/Tagungen sowie von Vereinstreffen
- Unterstützung der Arbeit der Regionalgruppen
- Koordination der Lobbyaktivitäten des Vereins
- Buchhaltung und Mitgliederverwaltung des Vereins und der Kooperationsprojekte (Grundrechte-Report & AK Vorrat)
- Bestellwesen, **vorgänge**-Aboverwaltung, Adressverwaltung.

Geschäftsführer der HU ist seit 2004 Sven Lüders. Er wurde bisher von zwei Kolleginnen unterstützt: Sabine Kiefer (zuständig für Buchhaltung, Mitgliederverwaltung & Bestellungen, 30 Wochenstunden) sowie Carola Otte (Serviceaufgaben; bisher 20 Wochenstunden). Aufgrund der Kürzung von Fördermitteln sah sich der Vorstand gezwungen, das Arbeitsverhältnis mit Sabine Kiefer zum 30.6.2013 aufzulösen. Seitdem arbeiten die beiden verbleibenden Angestellten mit jeweils 30 Wochenstunden.

Durch eine dreijährige Förderung der Bewegungsstiftung (s.u.) war es möglich, ab dem 1. November 2013 eine CampaignerInnen-Stelle im Umfang von 20 Wochenstunden einzurichten. Diese wurde nach einem Ausschreibungsverfahren mit Astrid Goltz besetzt, die für die Umsetzung von zwei Kampagnen zur Abschaffung des Verfassungsschutzes sowie zur Einführung einer gesetzlichen Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen zuständig ist.

Daneben beschäftigt die HU zur Durchführung (kurzfristiger) Projekte immer wieder Honorarkräfte. Im Jahr 2013 wurden Honoraraufträge für folgende Projekte und Tätigkeiten vergeben:

- Redaktion der Zeitschrift **vorgänge** (Schwerpunktredaktion) lt. Redakteursvertrag
- Gestaltung der Zeitschrift **vorgänge** (Erstellung von Layoutvorlagen)

- Recherchen und Redaktionsarbeiten zum EU-Förderprojekt »Filing, Inform Citizens: Passport for the Protection of Personal Data«
- Transkription, Übersetzung und Gestaltung für die Broschüre »Haft ohne Straftat«

Regionalgruppen

Die ehrenamtliche Arbeit der Humanistischen Union findet vorwiegend in den regionalen Gruppen des Vereins statt. Sie organisieren Veranstaltungen zu aktuellen politischen Themen, engagieren sich zu lokalen wie überregionalen Fragen und kooperieren mit anderen Organisationen. Sie mischen sich in die lokale oder Landespolitik ein. Die Regionalgruppen entscheiden selbst, wie oft sie sich treffen und zu welchen Themen bzw. in welcher Weise sie sich engagieren.

Mehr oder weniger regelmäßige Treffen von Regionalgruppen gibt es derzeit in: Berlin, Bremen, Essen bzw. Köln/Bonn, Frankfurt/M., Freiburg, Hamburg, Lübeck, Marburg und München. Eine Übersicht der Veranstaltungen im Jahr 2013 findet sich auf der HU-Webseite unter <http://www.humanistische-union.de/veranstaltungen/2013/>.



Vorstand der Regionalgruppe Frankfurt (Main)

Beirat

Der Beirat der Humanistischen Union berät den Vorstand in allen Sachfragen. Die Mitglieder des Beirats sind Personen, die sich durch ihre wissenschaftliche Tätigkeit, durch ihr künstlerisches, publizistisches und politisches Wirken um die Ziele und Zwecke des Vereins besondere Verdienste erworben haben (§ 14 Vereinssatzung). Sie werden vom Vorstand berufen.

Derzeit gibt es keinen regelmäßigen Austausch zwischen Vorstand und Beirat. Die letzten Beratungen fanden 2012 statt, anlässlich der Debatte um die Knabenbeschneidung sowie der Positionierung der HU zur Kritik bzw. Abschaffung des geheimdienstlichen Verfassungsschutzes.

2013 haben Prof. Dr. Thea Bauriedl (aus Altersgründen) sowie Sabine Leutheusser-Schnarrenberg (nach Ablauf ihres Bundestagsmandats) ihre Mitgliedschaft im Beirat auf eigenen Wunsch beendet. Zum Ende des Jahres wurden Gunda Diercks-Elsner, Johann-Albrecht Haupt sowie Ingeborg Rürup zur Mitarbeit im Beirat der HU gewonnen. Die aktuellen Mitglieder des Beirats finden sich auf der HU-Webseite unter www.humanistische-union.de/wir_ueber_uns/verein/beirat/.

Kooperationen

Die HU gehört zu den Gründungsmitgliedern des **Forum Menschenrechte**, einem Netzwerk von rund 50 Menschenrechtsorganisationen, das sich im Anschluss an die Wiener Weltmensenrechtskonferenz 1994 gründete. Im Jahr 2013 war die HU durch Sven Lüders im Koordinierungskreis des Forums vertreten. Darüber hinaus sind VertreterInnen der HU in verschiedenen Arbeitsgruppen des Forums tätig: AG Innenpolitik, AG Religionsfreiheit sowie demnächst in der neu zu gründenden AG Zivile Konfliktbearbeitung. Das Forum veranstaltete am 15./16. April 2013 eine zweitägige Fachtagung »Wien+20« zum 20. Jahrestag der Wiener Weltmensenrechtskonvention 1993 in Berlin, an deren Vorbereitung die HU über ihre Geschäftsführung beteiligt war.

Die HU ist Mitglied in der **Stiftung des Hauses der Demokratie und Menschenrechte**. Im deren Kuratorium wird sie durch ihr Vorstandsmitglied Tobias Baur vertreten.

Ferner ist die HU Mitglied der **Plattform Zivile Konfliktbearbeitung** – einem Verbund von rund 130 Einzelpersonen und 70 Organisationen bzw. Einrichtungen aus den Bereichen Friedensarbeit, Entwicklungszusammenarbeit sowie Menschenrechte und zivile Konfliktbearbeitung. Schwerpunkt unseres Engagements in der Plattform ist die Mitarbeit in der Berliner »Lobby-Arbeitsgruppe«. Im Zusammenhang mit Anhörungen des Deutschen Bundestages und Sitzungen vor allem des Unterausschusses »Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit« widmete sich die Lobby-AG im Jahr 2013 besonders der Thematik »Friedenslogik statt Sicherheitslogik« und trat mit zahlreichen MdBs in Dialog. Die politischen Ziele der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung wurden zur Bundestagswahl 2013 in einem umfassenden Forderungskatalog zusammengestellt, der sich an die Mitglieder des Bundestags, der Bundesregierung sowie an die Öffentlichkeit richtete.

Die HU ist Gründungsmitglied der **European Regional At-Large Organization (EURALO)**. Die EURALO ist der europäische Teil des globalen Zusammenschlusses »ICANN at Large« der Nichtregierungsorganisationen, die die Zivilgesellschaft innerhalb der »Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN)« vertreten. Für die HU ist die Mitarbeit in der EURALO wichtig, da die ICANN ein zentraler Ort für die Bewahrung der »Freiheit« im Internet ist. Weltweit versuchen Regierungen, ihre Kontrolle über die Infrastruktur des Internets auszuweiten. Dem steht die Verfassung der ICANN gegenüber, bei deren Entscheidungs-



prozessen – zumindest formal – Regierungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft gleichberechtigt beteiligt sind. Die ICANN ist damit ein Labor für die Organisation demokratischer Entscheidungsprozesse auf globaler Ebene.

Die HU gehört seit der Gründung des **Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung** (AK Vorrat) zu den institutionellen Unterstützern dieser Datenschutz-Bewegung. Auf den AK Vorrat gehen die seit 2007 jährlich stattfindenden Datenschutz-Demonstrationen »Freiheit statt Angst« zurück, an deren Vorbereitung und Durchführung die HU regelmäßig beteiligt ist. Die HU verwaltet die Finanzen des AK Vorrat und unterstützt dessen ehrenamtliches Engagement.

Darüber hinaus bestehen **Mitgliedschaften** bei folgenden Vereinen: Aachener Friedenspreis, Netzwerk Friedenskoooperative / Förderverein Frieden (Bonn), Förderverein der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte (Rastatt) sowie Martin-Niemöller-Haus (Berlin).

Zwei **Bildungswerke** (in München und Essen) sowie eine Frauen- und Familienberatungsstelle (in Lübeck) tragen den Namen der Humanistischen Union. Alle drei Einrichtungen sind eigenständige Vereine.

Bildungswerk der HU NRW e.V.

Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen
Fon (02 01) 22 79 82
Fax (02 01) 23 55 05
E-Mail: buero@hu-bildungswerk.de
Internet: www.hu-bildungswerk.de

Bildungswerk der HU Bayern e.V.

c/o RA Fuchs, Wallenburgerstr. 16, 83714 Miesbach
Fon (08025) 12 33
Fax (08025) 45 71

Frauen- und Familienberatung der HU Schleswig-Holstein

Helga Lenz, Hansestr. 24–26, 23558 Lübeck
Fon (04 51) 81933
E-Mail: hu-frauenberatung@t-online.de

Möglichkeiten der Unterstützung

Spenden Sie!

Einen Großteil unserer Arbeit, wie Veranstaltungen, Publikationen, Musterklagen und Öffentlichkeitsarbeit, finanzieren wir ausschließlich durch Spenden und die Beiträge unserer Mitglieder. Mit Ihrer Spende leisten Sie einen wichtigen Beitrag, indem Sie unsere Unabhängigkeit sichern und unsere Handlungsmöglichkeiten erweitern.

Alle Spenden an die Humanistische Union sind voll steuerlich abzugsfähig.

Spendenkonto

Humanistische Union e.V.
IBAN: DE53 1002 0500 0003 0742 00
Bank für Sozialwirtschaft
BIC: BFSWDE33BER

Werden Sie Mitglied!

Durch eine Mitgliedschaft helfen Sie, die Bürgerrechtsarbeit der Humanistischen Union dauerhaft zu sichern. Eine Mitgliedschaft eröffnet Ihnen folgende Vorteile:

- **vorgänge** (Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik) und Mitgliederzeitschrift Mitteilungen, 4 x im Jahr frei Haus
- **Grundrechte-Report**. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland (Fischer Verlag), 1 x im Jahr frei Haus
- **Einladungen** zu unseren Tagungen und Mitgliederversammlungen
- **Aktive Mitarbeit** in Regionalgruppen, Arbeitskreisen und Kampagnen
- Sie unterstützen die Durchsetzung der Bürgerrechte und sichern unsere Arbeit dauerhaft.



Beitrittserklärung für die Humanistische Union e.V.



Ja, ich unterstütze die Bürgerrechtsarbeit der Humanistischen Union dauerhaft und werde Mitglied!

Vorname _____ Name _____ Geburtsdatum _____

Straße _____ PLZ / Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

Ich möchte gern informiert werden:

- Newsletter bundesweit/regional Veranstaltungshinweise bundesweit/regional
 Pressemitteilungen

Ich bin bereit, folgenden Mitgliedsbeitrag zu entrichten:

- Einzelmitglieder: 120 EUR im Jahr
 Mitglieder in häuslicher Gemeinschaft: zusammen 140 EUR im Jahr
 Ermäßigter Beitrag für Auszubildende, Studierende, Arbeitslose und Mitglieder mit geringfügigem Einkommen: 80 EUR oder 40 EUR im Jahr (nach eigenem Ermessen)
 Erhöhter Beitrag: _____ EUR pro Jahr (falls Sie freiwillig mehr beitragen möchten).

Zahlungsweise

- jährlich oder halbjährlich oder vierteljährlich
 per SEPA-Lastschrift (dann bitte unten das SEPA-Lastschriftmandat ausfüllen) oder
 per Überweisung (nachdem ich die Rechnung erhalten habe) auf das Konto der Humanistischen Union
IBAN: DE53 1002 0500 0003 0742 00, BIC: BFSWDE33BER bei der Bank für Sozialwirtschaft

Ort, Datum und Unterschrift _____

SEPA-Lastschriftmandat (optional)

- Ich ermächtige die Humanistische Union, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Humanistischen Union e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Name der Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____ | _____ | _____ | _____ | _____ | _____

Das Mandat wird erteilt für: Humanistische Union e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin mit der Gläubiger-Identifikationsnr. DE84HU100000569496. Die Mandatsreferenz wird nach Abschluss des Vertrags mitgeteilt.

Ort, Datum und Unterschrift _____

Bitte ausgefüllt zurücksenden an:

Humanistische Union e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin oder per Fax an: 030 / 204 502 57.

Weitere Erläuterungen zur Mitgliedschaft und der Beitragszahlung finden Sie [hier](#).

Impressum

Humanistische Union e.V.

Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Tel.: (030) 20 45 02 56

Fax: (030) 20 45 02 57

E-Mail: info@humanistische-union.de

Web: www.humanistische-union.de

Redaktion: Astrid Goltz, Anja Günther, Sven Lüders

Gestaltung: Heiko von Schrenk

Die Humanistische Union dankt all ihren Unterstützer/innen.

Bilder – so weit nicht anders angegeben: Humanistische Union e.V.

Die Humanistische Union e.V. ist eine unabhängige Bürgerrechtsorganisation. Seit unserer Gründung 1961 setzen wir uns für den Schutz und die Durchsetzung der Menschen- und Bürgerrechte ein. Im Mittelpunkt steht für uns die Achtung der Menschenwürde. Wir engagieren uns für das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und wenden uns gegen jede unverhältnismäßige Einschränkung dieses Rechts durch Staat, Wirtschaft und Kirchen.

Humanistische Union e.V.

Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Tel.: 030/20450256

E-Mail: info@humanistische-union.de

www.humanistische-union.de

Unser Spendenkonto:

Humanistische Union e.V.
IBAN: DE53 1002 0500 0003 0742 00
BIC: BFSWDE33BER
Bank für Sozialwirtschaft

